



III. Lagebericht

Jahresabschluss
der Stadt Eschweiler
zum 31.12.2016



Inhaltsverzeichnis

1	Rahmenbedingungen der gemeindlichen Tätigkeit	363
1.1	Daten der Stadt Eschweiler	363
1.2	Rat (Sitzverteilung)	364
1.3	Verwaltung zum 31.12.2015	364
1.4	Personal der Stadtverwaltung	364
2	Ergebnisrechnung	364
2.1	Erträge	366
2.2	Aufwendungen	369
2.3	Kennzahlen zur Ergebnisrechnung	373
3	Finanzrechnung	375
3.1	Investive Auszahlungen	375
3.2	Investive Einzahlungen	375
4	Bilanz	376
4.1	Aktiva	376
4.2	Passiva	377
4.3	Kennzahlen zur Bilanz	378
5	Ergebnisentwicklung	380
6	Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung	381
6.1	Kreditverträge	382
6.2	Vertragliche Vereinbarungen in Zusammenhang mit städt. Beteiligungen	382
6.3	Gewährträgerschaft für BKJ/ AöR	383

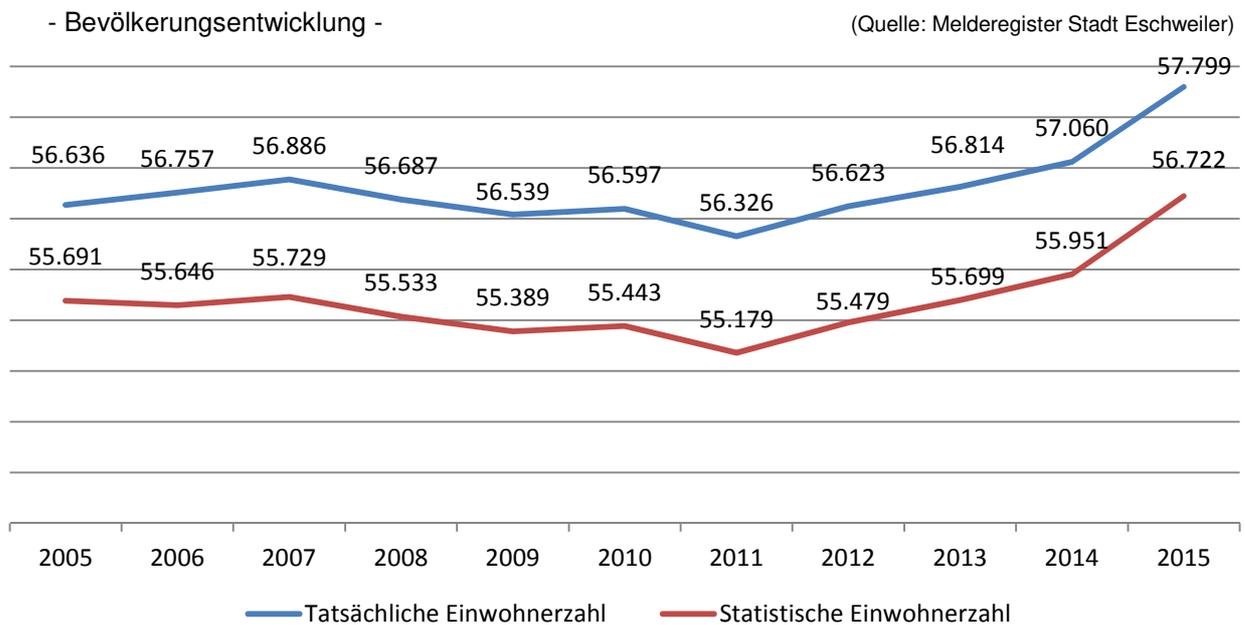
1 Rahmenbedingungen der gemeindlichen Tätigkeit

Gemäß § 37 der Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) ist dem Jahresabschluss ein Lagebericht nach § 48 GemHVO NRW beizufügen.

Mithilfe des Lageberichtes soll es den Bürgerinnen und Bürgern, dem Rat und der Aufsichtsbehörde ermöglicht werden, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde zu erhalten. Dies soll unter anderem durch eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende, Analyse der Haushaltswirtschaft, der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde erfolgen.

Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen.

1.1 Daten der Stadt Eschweiler

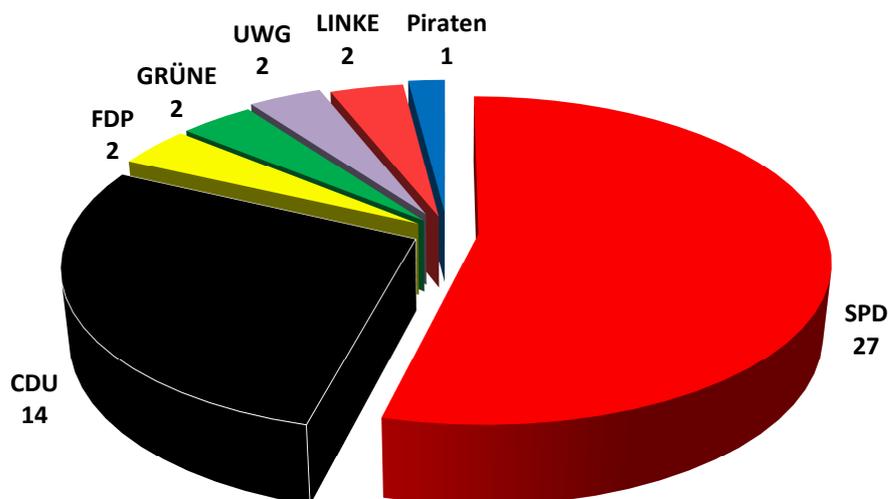


Entsprechend § 4 Abs. 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) ist die Stadt Eschweiler eine mittlere kreisangehörige Stadt.

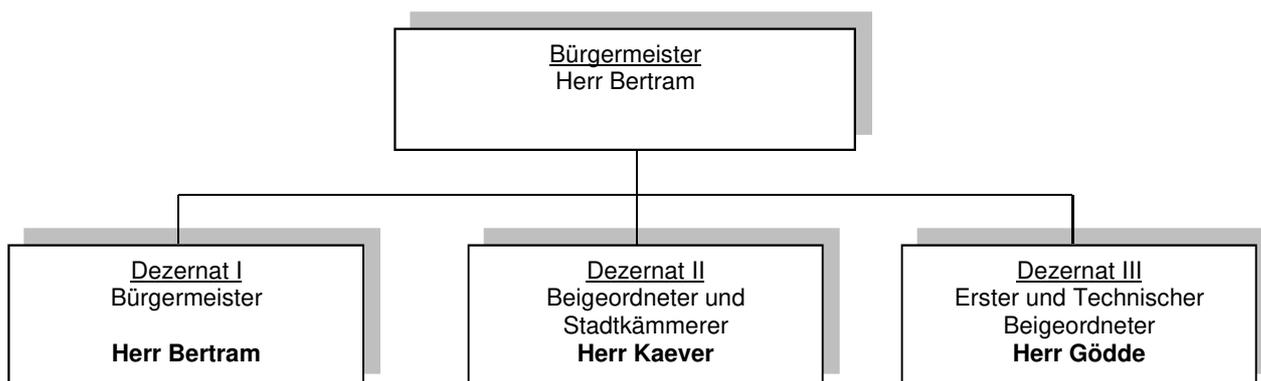
Verleihung der Stadtrechte:	26.04.1858
Stadtfläche:	75,87 km ²
Länge des Straßennetzes: (einschließlich Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sowie Radwegen und Bundesautobahnen)	268,60 km
Städtische Schulen:	10 Grundschulen 1 Hauptschule 1 Realschule 1 Gymnasium 1 Gesamtschule 1 Förderschule

1.2 Rat (Sitzverteilung)

Der Stadtrat der Stadt Eschweiler besteht zum Stichtag 31.12.2016 aus 50 Mitgliedern und dem Bürgermeister. Es ergibt sich folgende Sitzverteilung:



1.3 Verwaltung zum 31.12.2016



1.4 Personal der Stadtverwaltung

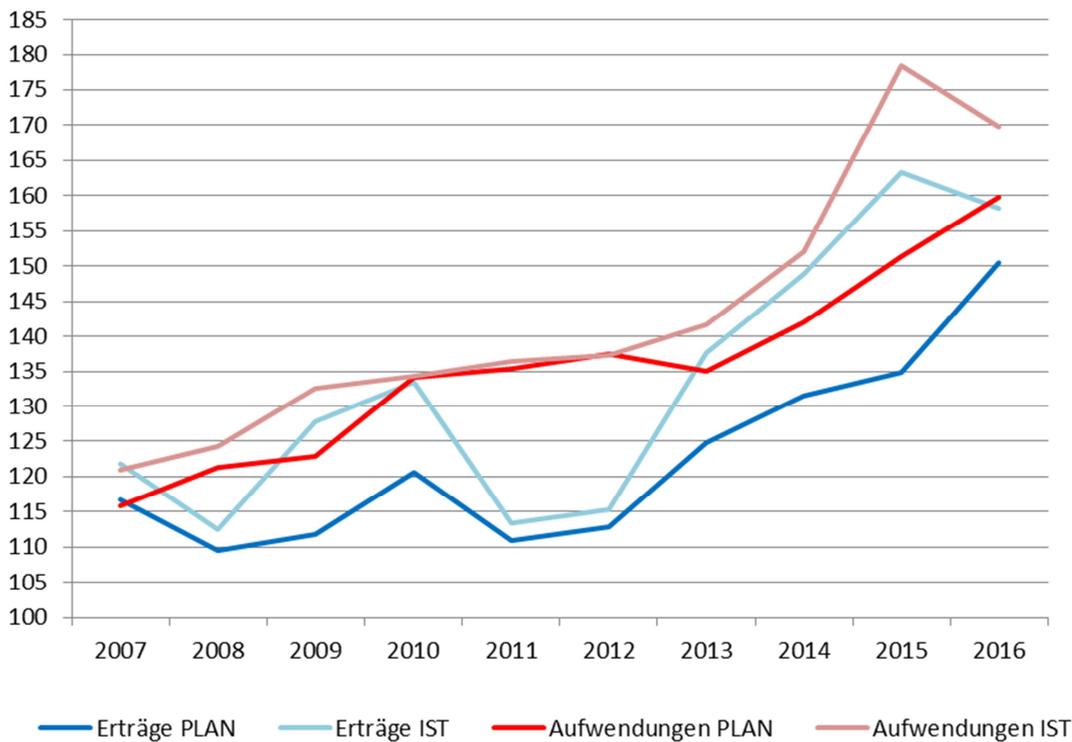
	31.12.2015		31.12.2016	
Beamte	118	(18,50 %)	121	(18,39 %)
Beschäftigte	473	(74,14 %)	488	(74,16 %)
Auszubildende, Anwärter, Praktikanten	22	(3,45 %)	20	(3,04 %)
Geringfügig Beschäftigte	25	(3,91 %)	29	(4,41 %)

2 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung 2016 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von – 11.524.864,25 € ab. Dieser Fehlbetrag stellt im Vergleich zur Haushaltsplanung 2016 eine Haushaltsverschlechterung von – 2.088.714,25 € (Plan-Fehlbetrag: 9.436.150,00 €) dar.

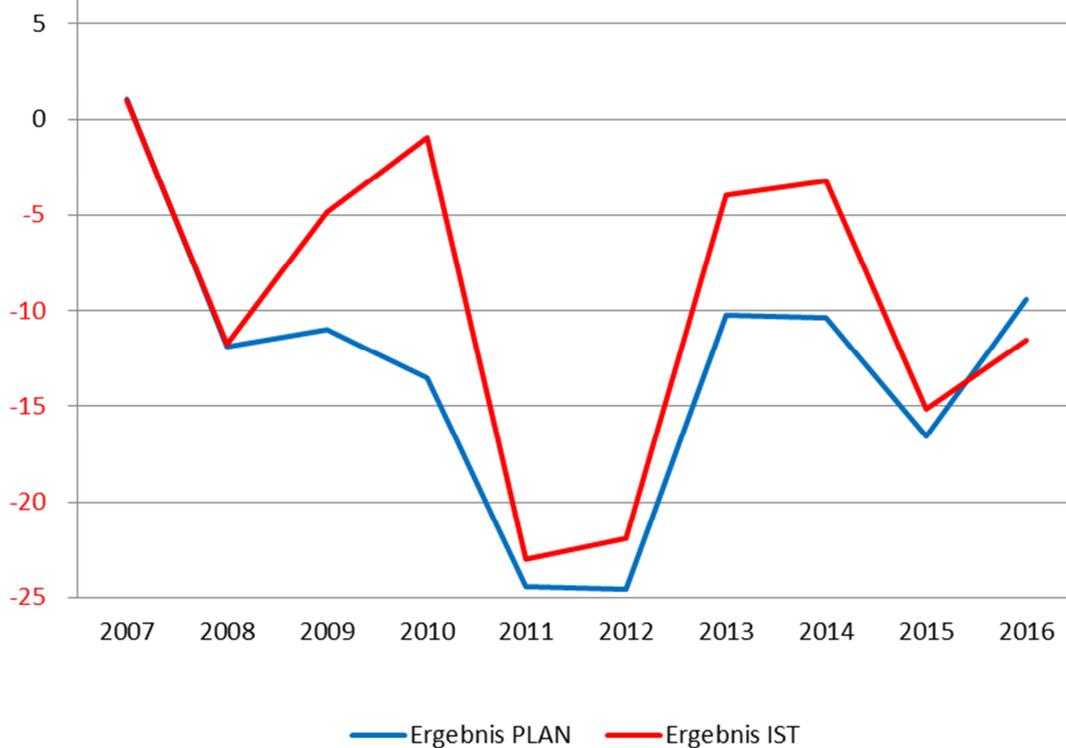
PLAN – IST Vergleich Aufwendungen und Erträge

in Mio €



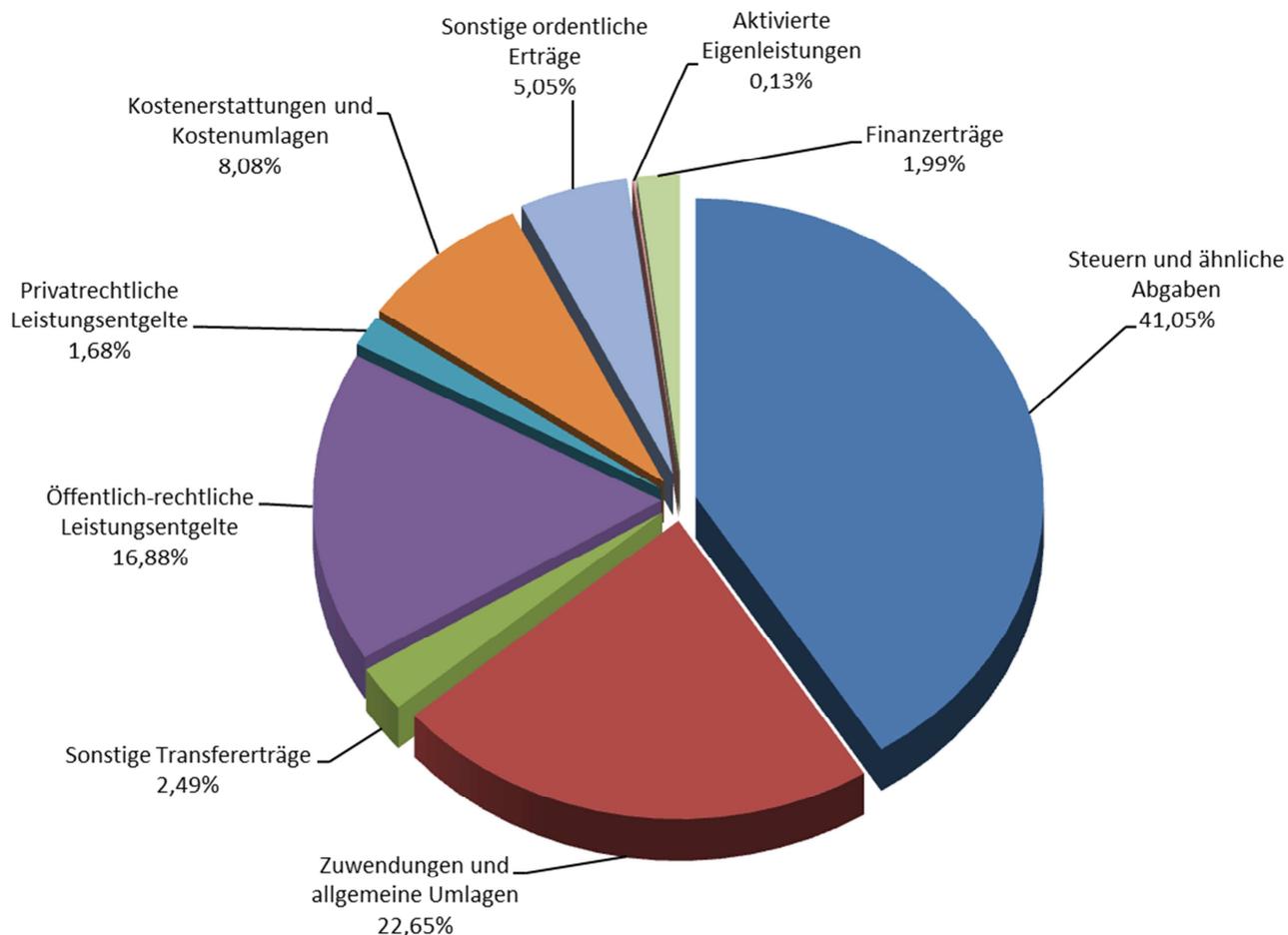
PLAN – IST Vergleich Jahresergebnisse

in Mio €



2.1 Erträge

Ergebnisposition	Bezeichnung	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Abweichung 2015/2016
01	Steuern und ähnliche Abgaben	77.672.271,62 €	64.967.986,01 €	-12.704.285,61 €
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	30.581.983,32 €	35.838.854,80 €	5.256.871,48 €
03	Sonstige Transfererträge	1.632.977,04 €	3.944.026,86 €	2.311.049,82 €
04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	25.620.980,99 €	26.706.849,04 €	1.085.868,05 €
05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.441.846,76 €	2.666.726,49 €	224.879,73 €
06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.311.301,33 €	12.790.486,64 €	6.479.185,31 €
07	Sonstige ordentliche Erträge	15.186.484,30 €	7.996.447,20 €	-7.190.037,10 €
08	Aktiviere Eigenleistungen	190.606,09 €	201.677,30 €	11.071,21 €
19	Finanzerträge	3.618.513,65 €	3.149.942,20 €	-468.571,45 €
23	Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe Gesamtertrag		163.256.965,10 €	158.262.996,54 €	-4.993.968,56 €



Im Bereich der **Steuern und ähnlichen Abgaben** ergaben sich im Wesentlichen Veränderungen im Vergleich zum Haushaltsjahr 2015 bei der Gewerbesteuer (- 14,62 Mio. €), der Grundsteuer B (+ 0,85 Mio. €), dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+ 0,69 Mio. €) sowie der Vergnügungssteuer (+ 0,24 Mio. €).

Im Vergleich zum geplanten Haushaltsansatz i.H.v. 66.333.850 € blieb das Ergebnis mit rund - 1,37 Mio. € Mindererträgen hinter den Erwartungen. Dies liegt hauptsächlich an dem verminderten Gewerbesteuerertrag i.H.v. - 1,02 Mio. €.

Das Ergebnis bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** erhöhte sich um rund + 5,23 Mio. € gegenüber dem Vorjahr und lag mit rund + 0,86 Mio. € über dem Planansatz. Dieser Mehrertrag im Vergleich zum Vorjahr ergab sich aus Erhöhungen von + 3,74 Mio. € Schlüsselzuweisung, + 0,73 Mio. € Landeszuwendungen für Betriebskosten der Kindergärten, + 0,34 Mio. € Zuwendungen für laufende Zwecke vom Bund sowie + 0,32 Mio. € Allgemeine Landesumlagen.

Das Ergebnis der **sonstigen Transfererträge** stieg im Vergleich zum Vorjahr um rund + 2,31 Mio. €. Dies resultiert hauptsächlich aus in 2016 verbuchten Kostenerstattungen des Landes für die Erstunterbringung von Flüchtlingen (+ 1,85 Mio. €) sowie aus aus Mehrerträgen zum Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen (+ 0,24 Mio. €).

Im Vergleich zur Haushaltsplanung wurde der Haushaltsansatz von 1.279.450 € mit rund + 2,67 Mio. € Mehrerträgen übertroffen, hauptsächlich begründet durch Mehrerträge bei den Kostenerstattungen des Landes für die Erstunterbringung von Flüchtlingen (+ 2,28 Mio. €)

Bei den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** stiegen die Erträge im Vergleich zum Vorjahr um + 1,09 Mio. €. Im Wesentlichen sind diese begründet durch positive Veränderungen in den Bereichen Gebühren für Kanalhausanschlüsse (+ 0,13 Mio. €), Abwasserbeseitigungsgebühren (+ 0,14 Mio. €), Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Gebührenaussgleich (+ 0,16 Mio. €), Baugenehmigungsgebühren (+ 0,17 Mio. €), Elternbeiträge städtische Kindergärten (+ 0,18 Mio. €) sowie Abfallbeseitigungsgebühren (+ 0,21 Mio. €).

Die Mehrerträge der **privatrechtlichen Leistungsentgelte** in Höhe von + 0,22 Mio. € ergaben sich durch den Mehrertrag aus den Entgelten für die Unterbringung von Asylbewerbern (+ 0,26 Mio. €) im Vergleich zum Vorjahr.

Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** ergab sich im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung in Höhe von + 6,48 Mio. €. Die Entwicklung resultiert vor allem aus höheren Erträgen im Bereich Erstattungen vom Land bezogen auf die Leistungspauschale FlüAG (+ 3,87 Mio. €) und der Steigerung im Bereich der Kostenerstattung von Jugendhilfeträgern für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (+ 2,90 Mio. €).

Beide Bereiche legten im Vergleich zur Haushaltsplanung ebenfalls deutlich zu. Der Bereich Erstattungen vom Land bezogen auf die Leistungspauschale FlüAG (+ 2,08 Mio. €) und der Bereich der Kostenerstattung von Jugendhilfeträgern für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (+ 1,37 Mio. €).

Das erzielte Ergebnis der Position der **sonstigen ordentlichen Erträge** lag - 7,91 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis. Diese deutliche Senkung im Jahresvergleich ergibt sich insbesondere aus dem Wegfall des Einmaleffektes bei den Verzinsungserträgen durch Gewerbesteuernachzahlungen (- 7,51 Mio. €).

Im Vergleich zur Haushaltsplanung lag der Ergebnis 2016 mit rund + 1,85 Mio. € allerdings über dem Planansatz von rund 6,15 Mio. €, hauptsächlich begründet durch Mehrerträge bei Zuschreibungen (+ 0,78 Mio. €) und Mehrträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen (+ 1,03 Mio. €).

Im Bereich der **Finanzerträge** ergaben sich gegenüber dem Vorjahr Mindererträge von rund - 0,47 Mio. €, die sich in der Hauptsache aus fehlenden Gewinnanteilen und Dividenden der RWE AG (- 0,42 Mio. €) ergeben.

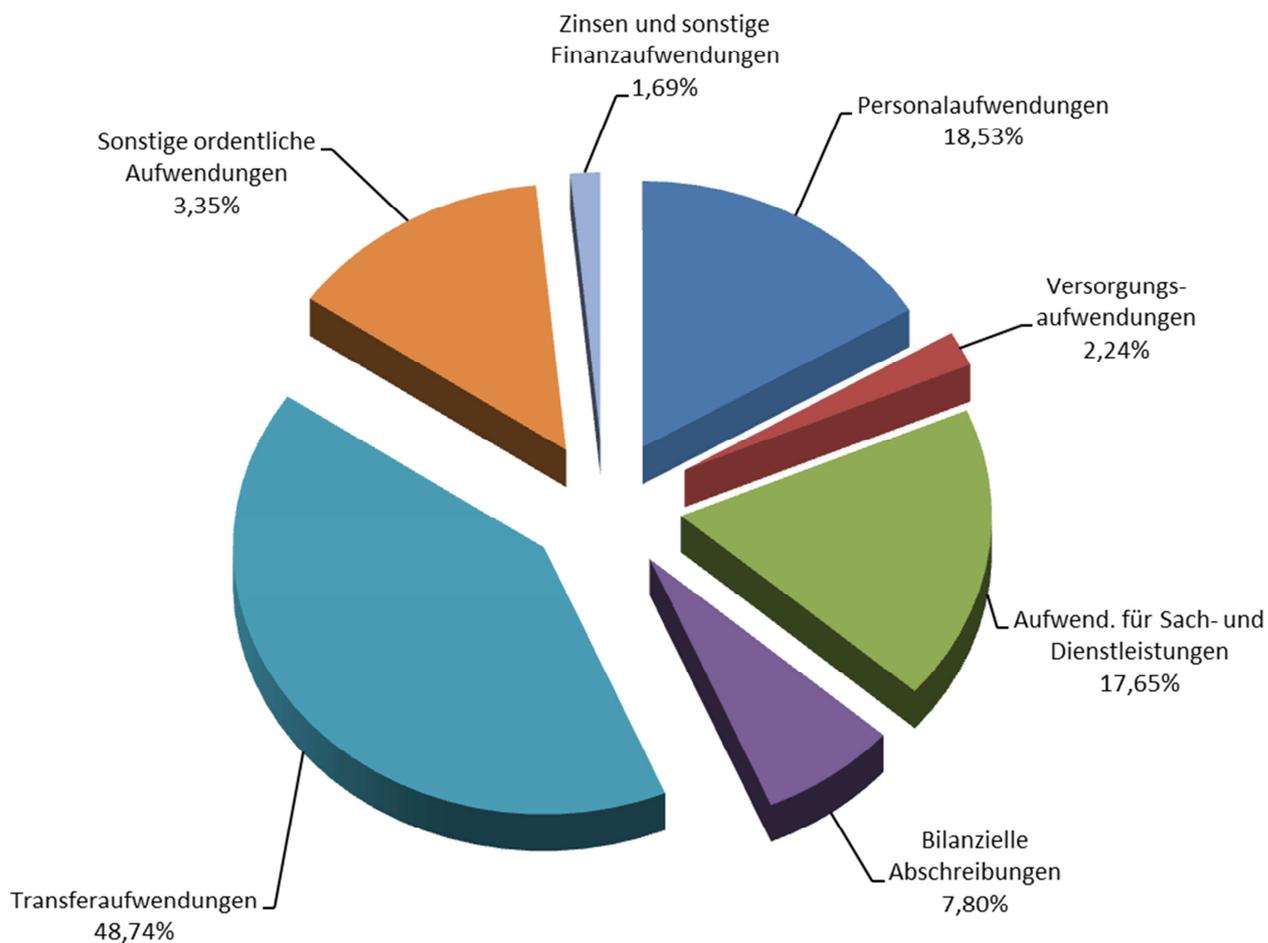
Im Vergleich zur Haushaltsplanung 2016 lag das Ergebnis um - 0,69 Mio. € unter den Erwartungen, hauptsächlich durch fehlende Gewinnanteile und Dividenden des Städtischen Wasserwerkes (- 0,46 Mio. €) und der RWE AG (- 0,16 Mio. €).

Nachfolgend wird die Entwicklung der wesentlichen Ertragsarten (> 2.000.000,00 €) im Vergleich zum Vorjahr und im Vergleich zur Planung aufgezeigt:

Sachkonto	Sachkonto-bezeichnung	2105 IST	2016 PLAN	2016 IST
40130000	Gewerbesteuer	-40.599.001,63	-27.005.000,00	-25.981.117,91
40210000	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-21.340.020,31	-22.277.000,00	-22.033.066,89
41110000	Schlüsselzuweisungen vom Land	-16.208.386,89	-19.949.950,00	-19.947.373,08
43211100	Abwasserbeseitigungsgebühren und ähnliche Entgelte	-11.661.496,29	-11.982.700,00	-11.799.166,87
40120000	Grundsteuer B	-9.667.012,36	-10.858.000,00	-10.513.978,47
41413000	LZW Betriebskosten Kindergarten	-6.317.145,01	-7.055.450,00	-7.051.579,45
44810100	Erstattung vom Land - Leistungspauschale FlÜAG	-2.414.423,83	-4.202.550,00	-6.279.738,20
43211400	Abfallbeseitigungsgebühren und ähnliche Entgelte	-4.714.678,21	-4.882.200,00	-4.924.495,89
44821101	Kostenerstattung d. Jugendhilfetr. UmF	-971.187,52	-2.500.000,00	-3.869.945,09
41620000	Erträge aus der Aufl. von SoPo aus ZW vom Land	-3.169.653,29	-3.313.300,00	-3.227.727,66
40220000	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-2.800.696,68	-2.857.000,00	-2.886.147,23
42110800	Kostenerstattung des Landes für Erstunterbringung	-1.028.278,81	-600.000,00	-2.875.738,19
40510000	Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich	-2.142.474,88	-2.055.000,00	-2.180.849,73
45820000	Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen	-2.069.387,88	-1.000.000,00	-2.028.607,12

2.2 Aufwendungen

Ergebnisposition	Bezeichnung	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Abweichung 2015/2016
11	Personalaufwendungen	29.302.292,87 €	31.459.322,33 €	2.157.029,46 €
12	Versorgungsaufwendungen	3.775.546,19 €	3.810.379,98 €	34.833,79 €
13	Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	31.966.101,94 €	29.964.008,20 €	-2.002.093,74 €
14	Bilanzielle Abschreibungen	12.780.990,65 €	13.244.517,46 €	463.526,81 €
15	Transferaufwendungen	73.053.733,19 €	82.756.173,92 €	9.702.440,73 €
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.754.191,88 €	5.681.561,00 €	-19.072.630,88 €
20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.767.736,62 €	2.871.897,90 €	104.161,28 €
24	Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe Gesamtaufwand		178.400.593,34 €	169.787.860,79 €	-8.612.732,55 €



Im Ergebnis liegen die **Personalaufwendungen** rund + 2,16 Mio. € über dem Jahresergebnis 2015. Im Bereich der tariflich Beschäftigten ergab sich im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um rund 0,89 Mio. €. Dies begründet sich vor allem durch die Mehraufwendungen aufgrund der Tarifierhöhungen ab dem 01.03.2016 um + 2,4 % sowie aus zusätzlichen, aufwandssteigernden Personalmaßnahmen. Desweiteren stiegen im Wesentlichen die Beamtenbezüge (+ 0,18 Mio. €), die Aufwendungen für die Zuführung zur Rückstellung für die Inanspruchnahme der Altersteilzeit (+ 0,41 Mio. €), die Aufwendungen für sonstige Beschäftigte (+ 0,19 Mio. €), die Dozentenhonoreare (+ 0,10 Mio. €) sowie die Aufwendungen für den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte (+ 0,18 Mio. €).

Im Vergleich zum Planansatz (29.259.450 €) ergaben sich ebenfalls Mehraufwendungen von rund + 2,20 Mio. €. Diese resultieren aus den Mehraufwendungen bei der Vergütung der tariflich Beschäftigten (+ 0,57 Mio. €), Zuführungen zur Rückstellung für die Inanspruchnahme der Altersteilzeit (+ 0,40 Mio. €), Mehraufwendungen für sonstige Beschäftigte (+ 0,19 Mio. €), Mehraufwendungen für Dozentenhonoreare (+ 0,10 Mio. €), Mehraufwendungen für den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte (+ 0,11 Mio. €) sowie Mehraufwendungen bei der Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte (+ 0,48 Mio. €).

Die um rund + 0,03 Mio. € gestiegenen **Versorgungsaufwendungen** gegenüber dem Vorjahr begründen sich im Wesentlichen mit den niedrigeren Zuführungen zu Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger (- 0,14 Mio. €) sowie den gestiegenen Beiträgen an Versorgungskassen für verbeamtete Versorgungsempfänger (+ 0,16 Mio. €).

Im Vergleich zum Planansatz (2.794.100 €) entstanden Mehraufwendungen von rund + 1,02 Mio. €. Diese resultieren aus gestiegenen Beiträgen an Versorgungskassen für verbeamtete Versorgungsempfänger (+ 0,20 Mio. €), Mehraufwendungen für Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger (+ 0,48 Mio. €) sowie Mehraufwendungen für Zuführungen zu Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger (+ 0,33 Mio. €).

Im Bereich der Aufwendungen für **Sach- und Dienstleistungen** ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Verbesserung von rund - 2,00 Mio. €. Hier wirken sich neben der Verschlechterung im Bereich der Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen (+ 0,41 Mio. €) diverse Verbesserungen aus, welche nachfolgend im Wesentlichen genannt werden. Im Detail wären dies Instandhaltungsaufwendungen am Rathaus (- 0,12 Mio. €), Erstattungsaufwendungen an verbundene Unternehmen (- 0,53 Mio. €), Kostenerstattungen für Kanalhausanschlüsse (- 0,41 Mio. €), Kostenerstattungen für die Unterhaltung der Euregiobahn (- 0,29 Mio. €), Aufwendungen für Heizung (- 0,24 Mio. €), Aufwendungen für die Stromversorgung der Straßenbeleuchtung (- 0,12 Mio. €), Unterhaltungsaufwendungen des sonstigen unbeweglichen Vermögens (- 0,29 Mio. €) sowie Aufwendungen für Abbruchkosten (- 0,10 Mio. €).

Im Vergleich zur Haushaltsplanung (30.465.750 €), ohne Berücksichtigung der Ermächtigungsübertragungen und Ansatzfortschreibungen nach über- bzw. außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen, zeigt sich ebenfalls eine Verbesserung von rund - 0,50 Mio. €. Hier wirken sich Verschlechterungen in den Bereichen Instandhaltungsaufwendungen Gymnasium (+ 0,25 Mio. €), Kostenerstattungen an Jugendhilfeträger gemäß §§ 89 ff. SGB VIII (+ 0,46 Mio. €) und Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen (+ 0,30 Mio. €) aus. Wo hingegen in den Bereichen Instandhaltungsaufwendungen Gesamtschule (- 0,25 Mio. €), Erstattungsaufwendungen an verbundenen Unternehmen (- 0,24 Mio. €), Kostenerstattungen für Kanalhausanschlüsse (- 0,40 Mio. €), Aufwendungen für Heizung (- 0,25 Mio. €) sowie Aufwendungen für Geräte, Ausstattung und Lizenzen unter 410,00 €/ netto (- 0,34 Mio. €) Verbesserungen zu verzeichnen sind.

Unter Berücksichtigung der fortgeschriebenen Ansätze (inkl. Ermächtigungsübertragungen aus 2015 als auch über- bzw. außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen) zeigt sich im Plan- /Ist-Vergleich eine Ergebnisverbesserung von rund - 2,76 Mio. €. Der Vollständigkeit halber ist darauf hinzuweisen, dass die in diesem Bereich vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen von 2016 nach 2017 das Ergebnis 2017 belasten werden.

Im Bereich der **Transferaufwendungen** kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einer Erhöhung der Aufwendungen um rund + 9,70 Mio. €. Diese Entwicklung ergibt sich in der Hauptsache aus Minderaufwendungen für:

- Gewerbesteuerumlage	-	1,26 Mio. €
- Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit	-	1,23 Mio. €
bzw. aus Mehraufwendungen für:		
- Zuwendungen für laufende Zwecke an übrige Bereiche	+	0,15 Mio. €
- Fehlbedarfsabdeckung BKJ	+	0,15 Mio. €
- Betriebskostenzuschüsse an freie Träger Kindertageseinrichtungen	+	0,28 Mio. €
- Betriebskostenzuschüsse an die BKJ	+	0,43 Mio. €
- Zuwendungen für U3-Förderung	+	0,24 Mio. €
- Tagespflege gemäß § 23 SGB VIII	+	0,39 Mio. €
- Gemeinsame Wohnformen gemäß § 19 SGB VIII	+	0,17 Mio. €
- Tagesgruppen gemäß § 32 SGB VIII	+	0,15 Mio. €

- Heimerziehung gemäß § 34 SGB VIII	+ 0,98 Mio. €
- Aufwendungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	+ 2,79 Mio. €
- Sach- und Geldleistungen gemäß § 3 AsylbLG	+ 0,91 Mio. €
- Aufwendungen zur Erstunterbringung der Flüchtlinge	+ 1,30 Mio. €
- Sonstige soziale Leistungen	+ 0,11 Mio. €
- Allgemeine Städteregionsumlage	+ 2,67 Mio. €
- Mehrbelastung für ÖPNV	+ 0,31 Mio. €
- Sonstige Transferaufwendungen	+ 0,74 Mio. €
Im Plan-/ Ist-Vergleich entstanden Mehraufwendungen von rund + 5,14 Mio. €.	

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** sanken im Vorjahresvergleich um rund – 19,07 Mio. €. Dies ist insbesondere auf den Einmaleffekt der Bildung einer Drohverlustrückstellung in Höhe von 20,00 Mio. € aufgrund eventueller Rückzahlungsansprüche aus Steuern in 2015 zurückzuführen.

Im Vergleich zur Haushaltsplanung (4.153.500 €) ergab sich jedoch eine Verschlechterung von rund + 1,53 Mio. €. Im Wesentlichen sind dies die Positionen Verzinsung Gewerbesteuer (+0,14 Mio. €), Mieten und Pachten der baulichen Anlagen (+0,24 Mio. €), Einstellungen und Zuschreibungen in den Sonderposten gemäß § 6 KAG (+0,54 Mio. €), Wertveränderung der Forderungen durch Niederschlagung (+0,36 Mio. €) sowie Reduzierung der öffentlich-rechtlichen Forderungen gem § 107 b BeamtVG (+0,30 Mio. €).

Bei **Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen** ergeben sich im Vergleich zum Vorjahr Mehraufwendungen von rund + 0,10 Mio. €, resultierend aus gestiegenen Zinsaufwendungen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen (+ 0,23 Mio. €) sowie Minderaufwendungen u.a. bei Zinsen an Kreditinstitute (-0,05 Mio. €). Diese Entwicklung resultiert vor allem aus der günstigen Entwicklung bei den Zinssätzen für Kommunalkredite sowohl im Langfristbereich als auch im kurzfristigen Liquiditätssicherungsbereich. Zur Finanzierung der veranschlagten Investitionsmaßnahmen, wurden neue Investitionskredite aufgenommen. Insgesamt stieg die Gesamtsumme der langfristigen Kredite und Liquiditätssicherungskredite im Vergleich zum Vorjahr um rund 12,53 Mio. € auf 171,67 Mio. €.

Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus konnten die Kredite zu sehr günstigen Konditionen aufgenommen werden. Auch im Bereich der Liquiditätskredite wurden, um von der Niedrigzinsphase möglichst lange profitieren zu können, entsprechende längerfristige Zinsfestschreibungen vereinbart.

Details sind dem Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen.

Im Vergleich zur Haushaltsplanung blieb das Ergebnis um rund - 0,13 Mio. € hinter der Planung zurück.

Die **bilanziellen Abschreibungen** stiegen im Vorjahresvergleich um rund + 0,46 Mio. € auf insgesamt 13.244.517,46 €.

Der Planansatz wurde mit rund 0,68 Mio. € überschritten. Hier wirken sich die um rund 1,08 Mio. € höheren Niederschlagungen im Bereich der Forderungen resultierend aus der abschließenden Bearbeitung von Vollstreckungsfällen aus. Demgegenüber steht jedoch eine Verbesserung aus der Abschreibung auf Sachanlagen von rund 0,37 Mio. €.

Nachfolgend wird die Entwicklung der wesentlichen Aufwandsarten (> 1.000.000 €) im Vergleich zum Vorjahr und im Vergleich zur Planung aufgezeigt:

Sachkonto	Sachkonto-bezeichnung	2105 IST	2016 PLAN	2016 IST
53720100	Allgemeine Städteregionsumlage	33.922.234,49	36.250.000,00	36.590.333,65
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten	14.757.438,35	15.078.050,00	15.644.779,01
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen	11.981.658,57	12.489.950,00	12.115.169,28
53118180	Betriebskostenzuschüsse an freie Träger KiTa's	8.046.295,56	8.317.850,00	8.326.308,82
52350000	Erst. f. Aufw. von verb. Untern., Bet. u. Sonderv.	7.026.238,09	6.736.152,20	6.499.780,30
53118340	Betriebskostenzuschüsse an die AöR	5.708.740,70	5.921.250,00	6.135.709,41
50110000	Beamten Bezüge	4.948.822,86	5.056.700,00	5.124.715,39
52330000	Erst. f. Aufw. von Zweckverbänden u. dergl.	4.977.093,69	4.970.000,00	4.958.400,00
53320800	Aufwendungen unbegleitete minderjährige Flüchtling	1.084.892,78	2.500.000,00	3.869.945,09
53320400	Heimerziehung gem. § 34 SGB VIII	2.591.881,02	2.650.000,00	3.572.760,90
52910010	Aufwendungen für Entsorgung	3.475.305,92	3.584.000,00	3.525.188,97
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifl. Beschäftigten AGAnteil	2.844.459,68	2.919.200,00	3.026.297,66
53380400	Sach- u. Geldleistg. (§3 AsylbLG)	2.076.581,81	3.281.000,00	2.985.120,45
51210000	Beitr. zu Versorgungskassen f. Vers.empf. Beamte	2.271.514,00	2.228.800,00	2.433.414,00
53720200	Städteregionsumlage - Mehrbelastung für ÖPNV	2.098.516,32	2.243.000,00	2.406.753,09
53380800	Aufwendungen Erstunterbringung Flüchtlinge	1.064.550,60	600.000,00	2.365.660,13
50510000	Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beschäft	1.952.316,00	1.808.250,00	2.286.927,00
55160000	Zinsaufwendungen an sonst. öfftl. Sonderrechnungen	1.925.338,19	2.121.400,00	2.151.938,50
53410000	Gewerbesteuerumlage	3.104.849,54	1.929.000,00	1.842.833,57
53420000	Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit	3.016.139,57	1.874.000,00	1.790.181,19
53320100	Tagespflege gem. § 23 SGB VIII	1.309.634,20	1.403.200,00	1.699.462,67
50190000	Aufw. f. sonstige Beschäftigte	1.453.956,97	1.455.450,00	1.646.304,86
53310800	Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII	1.577.033,89	1.650.000,00	1.545.525,57
52410200	Heizung	1.493.812,36	1.500.000,00	1.252.604,07
52320100	KE an and. Jugendh.träger gem. §§ 89 ff SGB VIII	1.299.508,50	750.000,00	1.210.107,44
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten	1.143.368,16	1.161.750,00	1.209.164,22
53118150	Fehlbedarfsabdeckung "AöR"	1.003.926,52	699.700,00	1.153.700,00
57312000	Abschreibung Forderung Erlass/ faktischer Erlass	747.514,17		1.077.895,50
52370000	Erst. f. Aufwendungen von priv. Unternehmen	1.027.543,17	1.246.100,00	1.061.026,72
52910000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	602.985,33	708.550,00	1.013.059,76

2.3 Kennzahlen zur Ergebnisrechnung

Kennzahlen	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Erläuterung
1) Aufwandsdeckungsgrad	99,45 %	81,35 %	83,59 %	95,78 %	97,14 %	90,89 %	92,93 %	Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.
2) Abschreibungsintensität	9,09 %	9,19 %	8,83 %	8,44 %	7,93 %	6,85 %	7,29 %	Die Abschreibungsintensität gibt an, in welchem Umfang die Stadt Eschweiler durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.
3) Drittfinanzierungsquote	42,70 %	42,32 %	40,74 %	37,08 %	38,09 %	31,48 %	40,65 %	Die Drittfinanzierungsquote zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich.
4) Zinslastquote	3,31 %	3,06 %	2,68 %	2,41 %	2,08 %	1,58 %	1,72 %	Die Zinslastquote zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Kennzahlen	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Erläuterung
5) Zuwendungsquote	18,23 %	18,73 %	16,11 %	29,03 %	25,66 %	19,16 %	23,10 %	Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Stadt Eschweiler von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.
6) Personalintensität	20,25 %	19,32 %	19,52 %	19,28 %	19,36 %	16,68 %	18,85 %	Die Personalintensität gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.
7) Sach- und Dienstleistungsintensität	22,96 %	24,39 %	22,36 %	21,48 %	20,38 %	18,20 %	17,95 %	Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.
8) Transferaufwandsquote	42,05 %	41,01 %	42,84 %	44,96 %	45,59 %	41,59 %	49,58 %	Die Transferaufwandsquote stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.
9) Netto-Steuerquote	50,46 %	47,59 %	47,26 %	41,53 %	42,66 %	46,61 %	40,49 %	Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen Dritter ist.

3 Finanzrechnung

	Ergebnis 2015	PLAN 2016	Ergebnis 2016
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	152.196.372,92 €	143.337.250 €	145.125.949,81 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-145.049.752,67 €	-147.370.100 €	-153.803.001,01 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	7.146.620,25 €	-4.032.850 €	-8.677.051,20 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.970.877,93 €	9.124.200 €	7.851.292,32 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-11.695.718,29 €	-17.822.600 €	-11.722.966,89 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-4.724.840,36 €	-8.698.400 €	-3.871.674,57 €
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	2.421.779,89 €	-12.731.250 €	-12.548.725,77 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-4.234.977,10 €	4.526.900 €	12.524.905,18 €
Anfangsbestand an Finanzmitteln	3.125.217,83 €	0 €	1.185.793,57 €
Bestand an fremden Finanzmitteln	-126.227,05 €	0 €	114.069,78 €
Liquide Mittel	1.185.793,57 €	-8.204.350 €	1.276.042,76 €

3.1 Investive Auszahlungen

a) Grundstücke und Gebäude	820.021,93 €
b) Baumaßnahmen	8.635.897,60 €
c) Bewegliches Anlagevermögen	896.070,66 €
d) Finanzanlagen	1.350.000,00 €
e) Sonstige Investitionsauszahlungen	20.976,70 €
Summe	11.722.966,89 €

3.2 Investive Einzahlungen

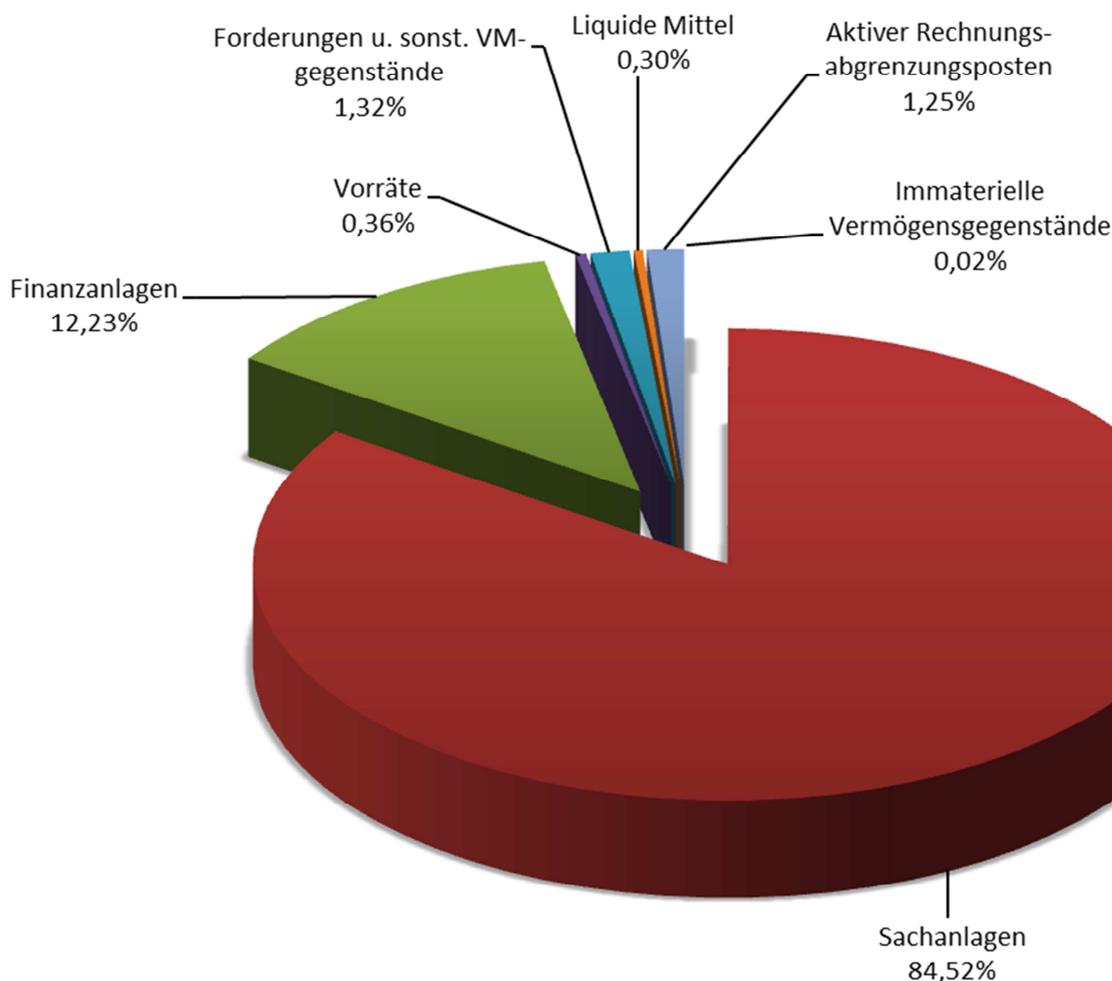
a) Investitionszuwendungen	3.518.483,78 €
b) Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	2.748.793,58 €
c) Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	689.784,82 €
d) Sonstige Investitionseinzahlungen	894.230,14 €
Summe	7.851.292,32 €

4 Bilanz

Die Bilanz zum 31.12.2016 weist unter Berücksichtigung der Salden der Ergebnis- und der Finanzrechnungen insgesamt eine Bilanzsumme 422.461.882,14 € aus. Damit hat sich die Bilanzsumme im Laufe des Jahres um - 3.370.116,83 € verringert. Die Eckpunkte der Bilanzsumme stellen sich wie folgt dar:

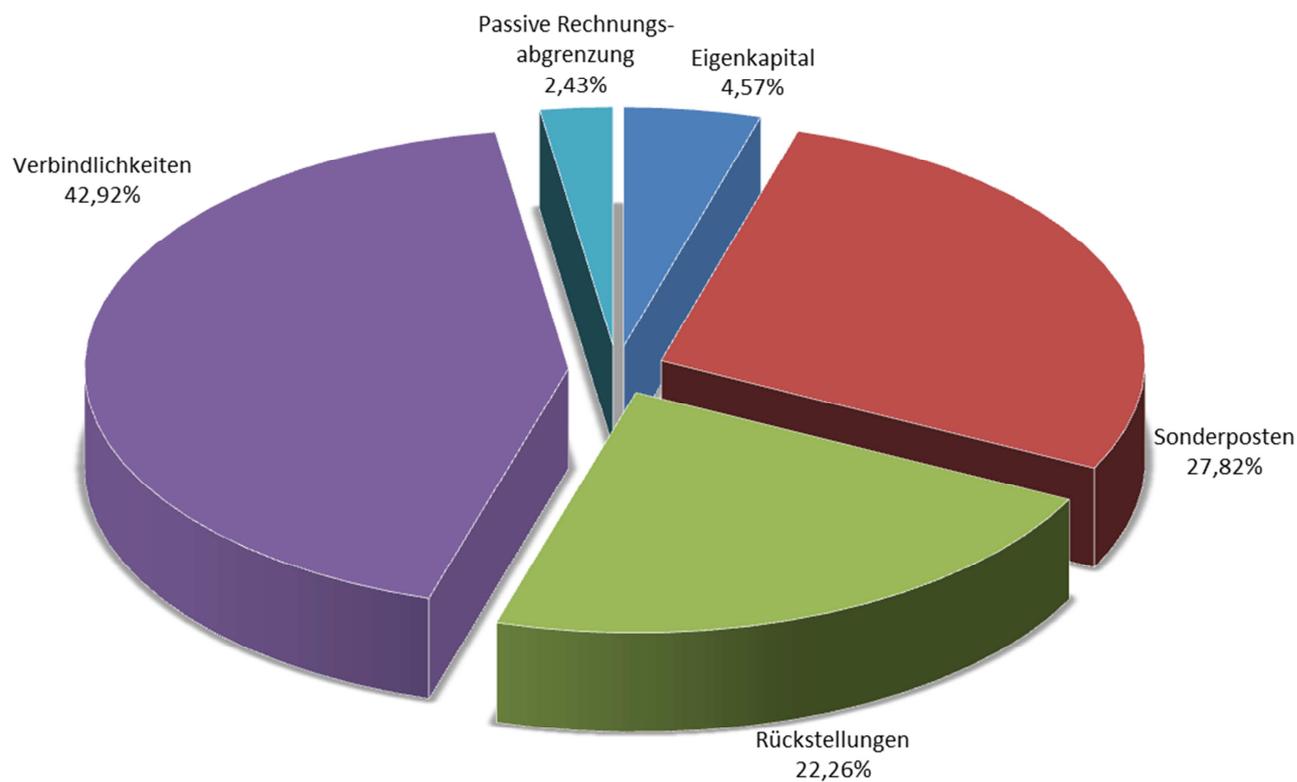
AKTIVA		PASSIVA	
Anlagevermögen	408.766.477,65 €	Eigenkapital	19.303.829,90 €
Umlaufvermögen	8.395.462,08 €	Sonderposten	117.508.994,44 €
Aktive Rechnungsabgrenzung	5.299.942,41 €	Rückstellungen	94.055.416,90 €
		Verbindlichkeiten	181.343.523,99 €
		Passive Rechnungsabgrenzung	10.250.116,91 €
	422.461.882,14 €		422.461.882,14 €

4.1 Aktiva



Wesentliche Veränderungen auf der Aktivseite der Bilanz ergaben sich im Vergleich zur Schlussbilanz 2015 in den Bereichen der unbebauten Grundstücke (- 2,98 Mio. €), der bebauten Grundstücke (- 2,49 Mio. €), der Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen (+ 0,66 Mio. €), des Straßennetzes (- 1,19 Mio. €), der Anlagen im Bau (+ 1,43 Mio. €), der Wertpapiere des Anlagevermögens (+ 0,47 Mio. €), der Vorräte im Bereich Grundstücke im Umlaufvermögen (+ 0,81 Mio. €), der öffentlich-rechtlichen Forderungen (- 0,66 Mio. €) sowie der sonstigen Vermögensgegenstände (+ 0,44 Mio. €).

4.2 Passiva



Im Bereich der Passiva ergeben sich deutliche Veränderungen vor allem im Bereich des Eigenkapitals. Hier wirkt sich zum einen der in der Ergebnisrechnung ausgewiesene Fehlbetrag in Höhe von – 11.524.864,25 € vermindern aus. Außerdem sind die Bestände der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen um rund 4,56 Mio. € und die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung um 7,98 Mio. € gestiegen.

4.3 Kennzahlen zur Bilanz

Kennzahlen	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Erläuterung
1) Eigenkapitalquote I	26,40 %	26,06 %	21,11 %	13,83 %	12,60 %	12,07 %	7,64 %	4,57 %	Die Eigenkapitalquote I misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz.
2) Eigenkapitalquote II	49,67 %	49,27 %	45,80 %	39,26 %	38,04 %	36,90 %	33,66 %	30,75 %	Die Eigenkapitalquote II misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Bilanz. Weil bei den Gemeinden der Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellt, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert.
3) Infrastrukturquote	48,20 %	47,82 %	47,72 %	49,00 %	48,17 %	48,06 %	48,91 %	49,14 %	Die Infrastrukturquote stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht.
4) Investitionsquote	95,05 %	107,05 %	79,36 %	49,40 %	93,44 %	80,29 %	63,06 %	72,39 %	Die Investitionsquote gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.
5) Anlagendeckungsgrad II	75,81 %	75,59 %	72,61 %	67,63 %	67,92 %	67,18 %	65,84 %	64,98 %	Der Anlagendeckungsgrad II gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert ist.

Kennzahlen	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Erläuterung
6) Dynamischer Verschuldungsgrad	174,47	23,09	-	-	25,02	74,56	36,39	-	Mit dem dynamischen Verschuldungsgrad lässt sich die Fähigkeit der Schuldentilgung der Stadt Eschweiler beurteilen. Sie hat dynamischen Charakter, weil sie mit dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit aus der Finanzrechnung eine zeitraumbezogene Größe enthält. Dieser Saldo zeigt bei einer Stadt an, in welcher Größenordnung freie Finanzmittel aus ihrer laufenden Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Haushaltsjahr zur Verfügung stehen und damit zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden könnten. Der dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie vielen Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen (Entschuldungsdauer). Aufgrund des negativen Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit in der Finanzrechnung 2011, 2012 und 2016 war hier eine entsprechende Kennzahl nicht ermittelbar.
7) Liquidität II. Grades	12,78 %	9,92 %	9,33 %	5,97 %	8,38 %	6,91 %	6,66 %	6,95 %	Der Liquiditätsgrad II gibt stichtagsbezogen Auskunft über die „kurzfristige Liquidität“ der Stadt. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.
8) Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	15,43 %	15,99 %	19,14 %	24,05 %	23,96 %	24,46 %	21,25 %	23,05 %	Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote zeigt auf, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird.
9) Fehlbedarfsquote	3,50 %	0,77 %	19,35 %	18,46 %	4,82 %	5,39 %	27,24 %	24,17 %	Die Fehlbedarfsquote gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil (ausschließlich Ausgleichsrücklage und allgemeine Rücklage).

5 Ergebnisentwicklung

Die Haushaltsplanung 2016 ging zunächst von einem Jahresfehlbedarf in Höhe von – 9.436.150 € aus.

Mehraufwendungen von rund 2,20 Mio. € im Bereich der Personalaufwendungen und von rund 1,02 Mio. € im Bereich der Versorgungsaufwendungen ergaben sich insbesondere aus der Erhöhung von Pensions- bzw. Beihilferückstellungen.

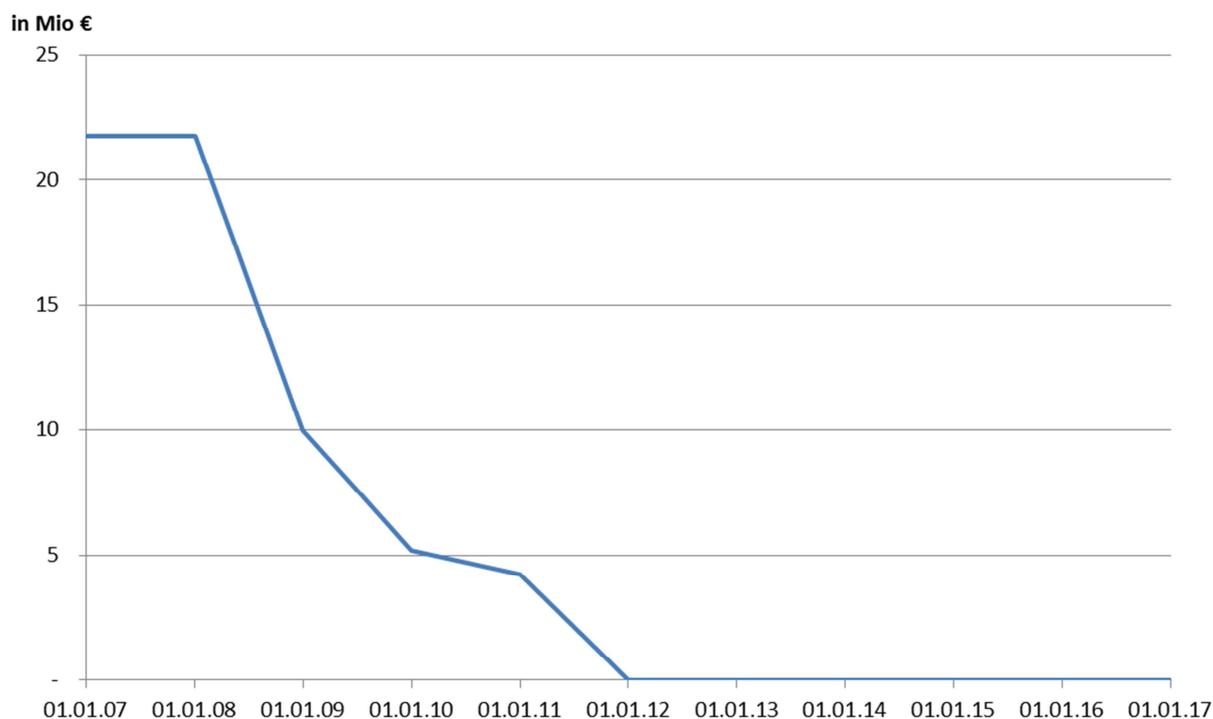
Im Vergleich zum geplanten Fehlbedarf stellt das Jahresergebnis von – 11.524.864,25 € eine Verschlechterung in Höhe von – 2.088.714,25 € dar. Unter Berücksichtigung des fortgeschriebenen Planansatzes (inklusive der Ermächtigungsübertragungen aus 2015) entspricht das Jahresergebnis nahezu der Planung.

Die Finanzrechnung 2016 weist einen Bestand an liquiden Mitteln von 1.276.042,76 € aus.

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31.12.2016, unter Berücksichtigung der Salden der Ergebnis- und der Finanzrechnung, auf insgesamt 422.461.882,14 €.

Mit dem Jahresabschluss 2011 war die Ausgleichsrücklage vollständig aufgebraucht. Somit führt das o.g. Jahresergebnis insgesamt zum 01.01.2017 zu einer Verringerung des Eigenkapitals in gleicher Höhe.

Insgesamt stellt sich die Entwicklung des Ausgleichsrücklage wie folgt dar:



Nachfolgend wird die Entwicklung des Eigenkapitals (getrennt nach Allgemeiner Rücklage, Ausgleichsrücklage und Gesamtsumme Eigenkapital) aufgezeigt:



Während die Eigenkapitalquote - mit bzw. ohne langfristige Sonderposten - in den Jahren 2009, 2010 und 2011 nahezu stagnierte, zeigte sich zum 31.12.2011 eine deutliche Absenkung, die in erster Linie auf Mindererträge bei der Gewerbesteuer sowie bei den Schlüsselzuweisungen des Landes zurückzuführen waren. Zum 31.12.2012 verzeichnete die Stadt Eschweiler aufgrund der Abwertung der RWE-Aktien eine deutliche Senkung des Eigenkapitals und damit auch der Eigenkapitalquote, welche mit einer weiteren Abwertung der RWE-Aktien in 2013 nochmals verringert werden musste. Für 2014 wirkte sich der Jahresfehlbetrag negativ auf das Eigenkapital und die Eigenkapitalquote aus. In 2015 wurde diese negative Entwicklung mit dem Jahresergebnis sowie der erneuten Abwertung der RWE-Aktien verschärft. In 2016 entwickelt sich das Eigenkapital aufgrund des Jahresfehlbetrages nochmals negativ. Diese Entwicklung soll jedoch mit der 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes im Jahr 2017 beendet werden.

6 Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung

Gemäß § 75 Abs. 2 GO NRW muss der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Die Verpflichtung gilt als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan und der Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können. Die Ausgleichsrücklage war zum 31.12.2011 vollständig aufgezehrt, so dass nunmehr zum Fehlbetragsausgleich in Höhe von – 11.524.864,25 € ausschließlich die allgemeine Rücklage in Anspruch genommen wird. Damit konnte der Haushalt 2016 - wie auch schon in den Vorjahren - nicht ausgeglichen werden.

Die Situation der finanziellen Ausstattung des Haushaltes der Stadt Eschweiler ist seit Jahren bekannt und in den jeweiligen Fortschreibungen der Haushaltssicherungskonzepte ausführlich erläutert und dargestellt. Grundsätzlich gelten die hier aufgezeigten Tendenzen auch weiterhin. Das Risiko einer drohenden Überschuldung besteht latent.

Wenngleich mit der Planung für das Haushaltsjahr 2017 und der 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes die Zielsetzung des Haushaltsausgleiches erreicht wird, werden in den Folgejahren weiterhin eine kontinuierliche Aufgabenkritik sowie die Fortführung der strengen Haushaltsdisziplin erforderlich bleiben, um eine nachhaltige Stärkung des Eigenkapitals und damit einhergehend eine Reduzierung der Liquiditätskredite zu erreichen.

Risiken aus abgeschlossenen Verträgen

Von der Vielzahl der zum Stichtag 31.12.2016 abgeschlossenen Verträge der Stadt mit Dritten (z.B. Pacht-, Miet- und sonstige Nutzungsverträge, Dienstverträge, Gestattungsverträge, Betriebsführungsverträge, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, Instandhaltungs- und Wartungsverträge, Versicherungsverträge etc.) ist zu einigen Verträgen hinsichtlich der Risikoabschätzung folgendes auszusagen:

6.1 Kreditverträge

Die Stadt Eschweiler hat ausschließlich mit Banken und Sparkassen Kreditverträge abgeschlossen. Dies gilt sowohl für die Langfristkredite (zur Finanzierung von Investitionen) als auch für die Liquiditätssicherungskredite. Zum Stichtag 31.12.2016 hat die Stadt insgesamt Verpflichtungen aus Kreditgeschäften vergangener Haushaltsjahre zur Finanzierung von Investitionen in Höhe von 85.539.195,79 €.

Unter Beachtung des Runderlasses des Innenministeriums NRW vom 09.10.2006 „Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte“ wurden Zinsfestschreibungen zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos insbesondere auch für Liquiditätskredite genutzt. Auslaufende Zinsderivate werden aktuell nicht mehr verlängert. Insgesamt lässt sich das Zinsrisiko nicht gänzlich ausschließen, da z.B. jede Prolongation einer auslaufenden Zinsfestschreibung Zinsmehraufwand verursachen kann, welcher auch nicht durch den Einsatz von Zinssteuerungsinstrumenten vollständig zu eliminieren ist.

6.2 Vertragliche Vereinbarungen in Zusammenhang mit städtischen Beteiligungen

Die Ausgliederung von Aufgaben in privatrechtliche Gesellschaften führt bei verbleibender Beteiligung zu neuen unternehmensspezifischen Risiken. Nicht zuletzt aufgrund des organisatorischen Abstands zwischen der Kernverwaltung und den Beteiligungen ist eine direkte Steuerung durch die Kommunen nicht mehr möglich. Die Kommune hat auf unternehmerische Entscheidungen nur noch bedingt Einfluss.

Die Stadt Eschweiler hat zum 01.01.2013 nach Abschluss eines sog. Rekommunalisierungsprozesses die bisher im Besitz der Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG befindlichen 49 %-ige Geschäftsanteile übernommen, sodass es sich nunmehr bei der WBE GmbH wieder um eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der Stadt Eschweiler handelt. Für die übernommenen wirtschaftlichen Risiken leistete die Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG eine Schadenersatzzahlung an die Stadt Eschweiler, welche erfolgsneutral vereinnahmt wurde und für evtl. Verluste der WBE GmbH in den Folgejahren bis zum ursprünglichen Vertragsablauf vorgehalten werden muss.

Gemäß der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft sowie des Eintritts der Stadt Eschweiler in die von der Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG bis zum 31.12.2012 gewährten Sicherungsinstrumente wird eine tatsächliche Überschuldung der WBE GmbH vermieden.

Darüber hinaus wird zur Stabilisierung der Gesellschaft der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag mittelfristig abgebaut. So hat die Stadt Eschweiler in Fortführung der Verfahrensweise des bisherigen Gesellschafters Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG bereits seit 2013 jährlich, sukzessive auf Teilbeträge der mit einem Bilanzwert von 1 € übernommenen Darlehensforderung bzw. der entstandenen Zinsen verzichtet.

Weitere Verzichtserklärungen sollen in den kommenden Jahren sukzessive bis zum vollständigen Abbau der gewährten Gesellschafterdarlehen durch die Stadt Eschweiler erteilt werden.

Insbesondere durch die vorliegende Patronatserklärung kann das Risiko der Zahlungsunfähigkeit der WBE GmbH ausgeschlossen werden.

6.3 Gewährträgerschaft für BKJ/ AÖR

Die Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche sind in der Rechtsform einer gemeindlichen AÖR gemäß § 114 a GO NRW organisiert. Dies hat für die Stadt Eschweiler eine gesetzliche Gewährträgerschaft zur Folge. Nach allgemeinem Verständnis bedeutet die Gewährträgerschaft, dass die Stadt Eschweiler unbeschränkt für alle Verbindlichkeiten der Anstalt einstehen muss, wenn diese die Ansprüche ihrer Gläubiger nicht mehr befriedigen kann.

Dies erfordert daher eine permanente haushaltswirtschaftliche Abstimmung zwischen der Stadt und der AÖR, die u.a. auch eine sorgfältige und vorausschauende Fehlbetragsberechnung beinhaltet.

Zur Risikoabsicherung finden daher regelmäßig Abstimmungen zwischen dem Stadtkämmerer, der gleichzeitig Vorsitzender des Verwaltungsrates der BKJ ist, und dem Vorstand der BKJ statt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Fehlbedarfsabdeckungen durch die Stadt Eschweiler an die BKJ sowie deren Betriebsergebnisse auf.

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in T€	in T€	in T€						
städt. Fehlbedarfsabdeckung	2.195	2.282	245	647	781	974	1.866 ¹⁾	1.004	1.154
Betriebsergebnis der BKJ	+ 344	+ 58	- 310	+ 152	+ 45	+ 200	+ 266	- 378	- 355

1) Die Erhöhung der Fehlbedarfsabdeckung resultiert insbesondere aus der Errichtung neuer Kindertageseinrichtungen bzw. der Einrichtung zusätzlicher Gruppen im Rahmen des U3/ Ü3-Ausbaus zur Sicherstellung des gesetzlichen Betreuungsanspruches und des hieraus folgenden erhöhten Personal- und Sachaufwandes.